Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 31. August 2002 | 112. Jahrgang Nr. 31.369

Offene Internwahlen am 15. Dezember

Regierungsdekret ordnet Verlegung des ursprünglichen Novembertermins an

Präsident Eduardo Duhalde hat am Dienstag ein Dekret unterzeichnet, das die Verschiebung der offenen und gleichzeitigen Internwahlen auf den 15. Dezember anordnet. Die dekretierte Verschiebung erfolgt zur Erfüllung der richterlichen Entscheidung, die eine Verwendung der allgemeinen Wahllisten verbietet, wie das die Regierung beabsichtigte. Entsprechend dem Wortlaut des Dekrettextes können an der Wahl der jeweiligen Partei nur deren Mitglieder und unabhängige Wähler teilnehmen, wie es die UCR und der Menemismus gefordert hatten.

Andererseits aber bestätigte die Regierung das Datum der Präsidentschaftswahlen im März und das der Amtsübergabe am 25. Mai, da die Resolution des Bundesrichters in Salta, Abel Cornejo, ausschliesslich die offenen Internwahlen betrifft.

In der Umgebung Duhaldes heisst es, die Anwendung der Parteiwahllisten, zum grössten Teil mit inkorrekten Daten aufgebläht, nehme den Wahlen die nötige Transparenz. Der Regierung hat das Dekret ein gewisses Aufatmen beschert, da angesichts der Verordnung keinem Sektor ein Vorwand für das Beharren auf seinen Forderungen bleibt. Dies bedeutet die Lösung des Wahlkonfliktes, der vor allem in der „PJ-Interna“ schwere Schäden verursachte.

Bei Bekanntwerden der neuen „Spielregeln“ am Montag bezog sich Kabinettschef Alfredo Atanasof ohne einen Namen auszusprechen zweifelsfrei auf den Ex-Präsident Carlos Menem, als er feststellte: „Die Regierung stimmt mit den Auffassungen einiger Vorkandidaten nicht überein, die begrenzte Internwahlen propagierten.“ Atanasof fügte hinzu, man wünsche, dass alle Welt so transparent wie möglich wählen könne.

In der menemistischen Wahltruppe hegte man die Überzeugung, dass die Regierung beabsichtigte, dem Ex-Präsidenten durch die Stimmabgabe von Nichtmitgliedern gegen Menem zu schaden. Insbesondere sollte das durch Angehörige der bonaerenser UCR durch Begünstigung der Kandidatur José Manuel de la Sotas geschehen. Doch man stimmte am Ende mit dem Radikalismus in dem gescheiterten Versuch im Senat überein, das Veto abzuwimmeln. Gleichwohl erreichten dies die UCR-Parteibehörden in Salta auf dem Rechtsweg durch den Richter Cornejo.

Bei der Kabinettssitzung am Montag und auf Empfehlung einiger Minister gab Duhalde hinsichtlich des von ihm beharrlich vertretenen Termins der Internwahlen nach. Resultat waren Anweisungen für die Neuordnung des Wahlkalenders zur Verhinderung neuerlicher Probleme mit der Wahljustiz und zur Ermöglichung einer eingehenden Prüfung von Wahllisten von Mitgliedern und solcher von Nichtmitgliedern. Innenminister Jorge Matzkin und Rechtssekretär Antonio Arcuri machten sich an die Arbeit und zu Wochenbeginn war das Dekret unterschriftsbereit. Für die Festlegung des neuen Termins der Internwahlen hatten Matzkin und Arcuri die Zeitzwänge zu berücksichtigen. Bei Verschiebung von einer Woche hätte die Zeit zur Prüfung der Listen nicht gereicht. Bei einer Verlängerung um zwei Wochen hingegen wäre der religiöse Feiertag am 8. Dezember mit seinen Feierlichkeite unüberwindliches Hindernis gewesen.

Streit um die Verteilung der Armenhilfe

Regierung, Kirche und Heer uneins

Die an Problemen reiche Republik hat ein neues dazubekommen. So unglaublich es klingt, Regierung, Kirche und die Heeresführung sind sich uneins über die Frage, wer die Lebensmittel zur Begegnung des Ernährungsnotstandes verteilen soll und wie. Bis dato war die Verteilung von Hilfsgütern vor allem durch politische Klüngelwirtschaft, Korruption und einfach Diebstahl bedroht und verlor durch die genannten Mankos nicht selten einen grossen Teil ihrer Wirksamkeit. Nach der Bekanntgabe der Rekordzahlen der Armut durch die Statistikbehörde INDEC hat ein neuer Hinderungsgrund Gestalt angenommen, der zweifellos mindestens so beschämend ist wie die bisher bekannten - wenn nicht noch mehr. Tatsächlich hat gleichzeitig mit dem Bekanntwerden der INDEC-Zahlen eine Auseinandersetzung zwischen Regierungsfunktionären, Kirchenoberen und Generälen über Mängel bei der Verteilung der Lebensmittelhilfe begonnen. Im Grunde aber geht es um mehr und zwar um nicht zuletzt um Machträume, die sich bei der Verteilung von Lebensmitteln anbieten.

Aus der Umgebung von Hilda „Chiche“ Duhalde, der Frau des Präsidenten und federführend im Sozialbereich der Regierung, verlautet, dass es Hindernisse gebe, die bisher eine Einigung mit Heeresführung und Kirche über die Aufgaben bei der Verteilung der Lebensmittel nicht zuliessen.

Am Mittwoch der vergangenen Woche hatte der INDEC informiert, dass im Mai 19 Millionen Argentinier, das heisst 53 Prozent der Gesamtbevölkerung, als arm registriert wurden. Neun Millionen davon, 24,8 Prozent der Gesamtbevölkerung, sind Personen, die unter der Armutsgrenze vegetieren. Es sind jene, die ihren Mindestbedarf an Proteinen und lebenswichtiger Nahrung nicht decken können. Dessen ungeachtet aber ist Argentinien immer noch der fünfte Lebensmittelexporteur in der Welt und gilt gleichzeitig als ein strategisch wichtiges Land in der Auseinandersetzung mit dem weltweiten Lebensmitteldefizit. Gemäss den Vereinten Nationen hat Argentinien Ressourcen, um zum Kampf gegen den Hunger von 800 Millionen Menschen überall auf der Welt beizutragen. Das Problem: Das Land kann seine eigenen Hungrigen nicht ernähren.

Der Grund ist nicht nur die Unfähigkeit oder direkt das Fehlen einer entsprechenden Absicht, die ungerechte Verteilung des Reichtums zu beenden. Zu viele profitieren von den ihnen nicht zustehenden Hilfsprogrammen und werden dies auch weiterhin tun, solange die Verantwortlichen in allen Sektoren nicht mit Ahndung, Verlust der Pfründe, unbedingt zu verbüssenden Gefängnisstrafen und unerbittlichen Vermögensbeschlagnahmen zu rechnen haben.

Andererseits, und trotz des unübersehbaren landesweiten sozialen Notstandes, ziehen viele Funktionäre nicht an einem Strick. Dies geschieht nicht selten zum materiellen Vorteil der öffentlichen Amtsträger. Dazu kommt eine tiefe Antipathie von einigen ehemaligen oppositionellen Gruppen gegen das Militär. Der Kirche werfen anonyme Kritiker vor, dass sie ihre Hauptrolle im Sozialbereich nicht aufgeben will und sie daher eine Rolle der Militärs bei der Erfüllung sozialer Aufgaben ablehne.

Solá und Cafiero sehen Komplott

„Gruppen, die den allgemeinen Zustand der Unsicherheit ausnützen“

Zur Begründung des rapiden Anschwellens der Kriminalitätswelle hat die bonaerenser Regierung Spekulationen über einen „Mafia-Komplott“ angestellt und dies auch ausgesprochen. In diesem Zusammenhang stellte am Dienstag der Sicherheitsminister der Provinz, Juan Pablo Cafiero, fest, es gebe Straftaten, die unzweifelhaft den „Mafiastempel“ trügen, vor allem dann, wenn Verhältnislosigkeit in der angewandten Gewaltanwendung vorliege. Die Mehrzahl der in den letzten 40 Tagen registrierten Fälle sind derzeit Gegenstand einer Untersuchung. Cafiero erklärte dazu, dass sein Ministerium keine Möglichkeit ausschliesse. Cafiero versicherte: „Wir sind entschlossen, bis an die Wurzeln der Mafiakriminalität in der Provinz Buenos Aires zu gelangen, um die Urheber dieses „Unsicherheitskomplotts“ festnehmen zu können.“

Gouverneur Felipe Solá erweiterte die Argumente für diese Hypothese noch, als er unterstrich: „Diese Gruppen nützen die Existenz dieser allgemeinen Unsicherheit für die Übermittlung von Signalen und für Racheakte gegen andere konkurrierende Banden.“

Die Spekulation zielt auf das organisierte Verbrechen und ist eine Ablenkung von einer eventuellen Machenschaft der Provinzpolizei zur Verunsicherung des Ministers. Solá und Cafiero schlossen Brüche in der Befehlsstruktur der bonaerenser Polizei aus.

Der Gouverneur bezeichnete die Version über die Existenz einer angeblichen parallelen „Sicherheitstruppe“, die Gewalttätigkeiten fördere, als eine Dummheit. Cafiero seinerseits räumte ein, dass die Banden in der Bevölkerung Angst verursachen und unbestraft handeln könnten, weil sie etwas gehört hätten, was nicht stimme, nämlich dass die Polizei uneins sei und dass es interne Fraktionen gebe. Die Behörden wiesen dabei auf einige Fälle, die in diese Theorie hineinpassen, wie der Mord an dem Rechtsanwalt und Geldleiher Marcelo Penna, der erschossen und an einen Baum im Pereyra Iriola-Park gefesselt aufgefunden wurde. Der Fall konnte praktisch gelöst werden und die Justiz nahm die Geliebte Pennas und zwei bonaerenser Polizisten fest. Ein Angehöriger der Bundespolizei im Ruhestand hat sich durch Flucht der Verhaftung entzogen. Im bonaerenser José Ingenieros wurden drei Leichen mit Schusswunden entdeckt, von denen eine geköpft war. Laut Gouverneur Felipe Solá hegen die Sicherheitsbehörden einen schwerwiegenden Verdacht, der auf Grund von bestimmten Ergebnissen in den Ermittlungen bestätigt wurde. In beiden Fällen wurden die Leichname leicht auffindbar „hinterlegt“, nämlich als Warnung. Für Solá existiert ein anderer Faktor, der die Tätigkeit dieser Gruppen fördert. Es ist „der scharfe Angriff eines bestimmten Journalismus“ gegen das Verhalten der Polizei und den Sicherheitsminister, während die Gangster ungestört ihren „Geschäften“ nachgehen könnten.

Dem Richterspruch gebeugt

Was den Protesten der Politiker gegen die Wahldekrete nicht gelang, erreichte der Spruch des Bundesrichters aus Salta Abel Cornejo. Am Donnerstag der Vorwoche überraschte Richter Cornejo die landesweite Öffentlichkeit, namentlich die Nationalregierung, mit seinem Urteil auf Betreiben eines Rechtsanwaltes der radikalen UCR, wonach die Wahldekrete verfassungswidrig seien. Sie ermangeln in der Sicht des Richters der Transparenz, weil sie zulassen, dass Mitglieder einer Partei in den Internwahlen anderer Parteien mitmischen dürfen und mithin das Wahlergebnis fälschen.

Präsident Duhalde reagierte am gleichen Tag der Veröffentlichung des Urteils entgegen den Empfehlungen seiner Mitarbeiter, Berufung gegen das Urteil einzulegen, und beschloss, sich dem Spruch zu beugen. Eine Berufung hätte sicherlich den gesamten Wahlprozess und das Wahldatum hinausgezögert, so dass Duhalde möglicherweise auch nach dem 25. Mai 2003 im Amt bleiben müsste, was ihm offensichtlich nicht behagt.

Statt dessen befahl Duhalde Kabinettschef Alfredo Atanasof und dem hierfür zuständigen Innenminister Jorge Matzkin, ein neues Wahldekret vorzubereiten, das unter der Nummer 1578 am 28. August verkündet wurde. Danach werden die Internwahlen simultan, d.h. am gleichen Wahlsonntag, landesweit abgehalten werden, aber in verschiedenen Wahllokalen je nach Parteien, die mehr als einen Kandidaten für die Präsidentschaft, bzw. eine Formel mit Vizepräsident, präsentieren.

Indessen dürfen nicht alle wahlberechtigten Bürger/innen in beliebigen Internwahlen mitmischen. Nur Parteimitglieder und unabhängige Bürger/innen werden zugelassen. Das soll die vom Richter Cornejo gewünschte Transparenz sichern. Mitglieder von Parteien, die nur einen Kandidaten bzw. eine Formel aufstellen, dürfen nicht wählen.

Für die Unterscheidung zwischen den offiziellen Wählerlisten („padrones electorales“), in denen alle fast 25 Millionen Bürger/innen mit Vor- und Nachnamen, Adresse und Nummer des Wahldokuments in alphabetischer Reihenfolge für jeden der 24 Wahldistrikte aufgezählt sind, und den Mitgliederlisten der Parteien muss aus zeitlichen Gründen die unerlässliche Säuberung falscher, verstorbener oder ausgetretener Mitglieder unterlassen werden.

Von Transparenz, wie sie Richter Cornejo wünschte, kann somit nicht die Rede sein, wenn 8,3 Millionen Parteimitglieder seit zwanzig Jahren registriert und seinerzeit den Wahlrichtern mitgeteilt worden sind, von denen sicherlich mehrere Millionen zu streichen wären, wenn die Parteien Neueinschreibungen verfügen oder die Wahlrichter alle aufgezählten Mitglieder zur Bestätigung vorladen würden.

Genau diese Prozedur wollten die Politiker im Kongress umgehen, indem sie für die simultanen und offenen parteiinternen Wahlen vorschrieben, dass sich alle Parteien melden müssten, auch wenn sie nur einen Kandidaten bzw. eine Formel anmelden. Dadurch mussten die Parteien ihre Mitgliederlisten nicht offen legen, was sie als Mogler entlarvt hätte.

Präsident Duhalde vetierte widerrechtlich diese Vorschrift, indem er auf das Gesuch der selbsternannten Kandidatin Elisa „Lilita“ Carrió einging, die aufwendige Internwahlen vermeiden und dabei ihre magere Mitgliederliste nicht offen legen wollte. Diesen Fehler musste Duhalde mit dem Kniegang vor dem Bundesrichter aus Salta bezahlen.

Zudem entschied Duhalde, dass die Internwahlen vom 24. November um drei Wochen auf den 15. Dezember aufgeschoben werden, so dass der Wahlkalender mit mehreren Terminen für Wählerlisten, Wahltische, Wahlbehörden und dergleichen entsprechend verändert wurden.

Bleibt es beim neuen Wahldekret, dann werden reichlich absurde Internwahlen der Parteien abgehalten werden, deren Mitgliederlisten notorisch aufgebauscht sind. Der Aufwand hierfür verteuert sich, weil getrennte Wahllokale für jede Partei eingerichtet werden müssen, so dass die parteilosen Wechselwähler, die freiwillig zur Wahl schreiten, allein durch ihre Präsenz im Wahllokal Parteifarbe bekennen, was mit dem ursprünglichen Prozedere mit allen Kandidaten vermieden worden wäre. Zudem müssen Abertausende von Parteibevollmächtigten an den Wahltischen („fiscales“) aufgeboten werden, damit Mogeleien verhütet werden, wie sie abgebrühte Parteibürokraten gerne üben.

Der Fortsetzungsroman der kommenden Präsidentschaftswahlen mit vorherigen Internwahlen ist freilich längst nicht vollendet. Wird der vorgeschriebene Wahlkalender eingehalten, muss man sich noch allerlei Überraschungen gefallen lassen. Unterdessen läuft der Wahlkampf für den 30. März 2003 an, der in den Medien, mit Veranstaltungen, grosssprecherigen Programmen und Plakaten ausgetragen wird.

WOCHENÜBERSICHT

Unzureichendes Rechtshilfegesuch

Bern (dpa) - Die Schweiz hat im Fall der Bankkonten von Ex-Präsident Carlos Menem ein neues Rechtshilfegesuch aus Argentinien erhalten. Die Voraussetzungen für die Rechtshilfe seien aber nicht gegeben, teilte das Bundesamt für Justiz am Dienstag in Bern mit. Deshalb solle ein Treffen mit argentinischen Richtern stattfinden. Menem wird in Argentinien beschuldigt, zehn Millionen US-Dollar erhalten zu haben, um die Rolle der iranischen Regierung beim Bombenanschlag auf das jüdische Kulturzentrum AMIA in Buenos Aires vor acht Jahren mit 85 Toten zu vertuschen. Das Geld wird auf Menems Schweizer Konten vermutet. Die argentinischen Behörden wünschten Auskünfte über die Bankkonten des Ex-Präsidenten und weiterer Personen, die mit dem AMIA-Attentat in Verbindung gebracht werden, teilte das Ministerium weiter mit. Allerdings werde der Zusammenhang zwischen den gewünschten Rechtshilfemaßnahmen und der Strafuntersuchung nicht aufgezeigt. Zudem enthalte das Ersuchen keine Informationen, inwieweit die anderen Personen in den Anschlag verwickelt sein sollen. Deshalb könne die Schweiz keine Rechtshilfe leisten. Die argentinische Justiz hatte bereits im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit angeblichen illegalen Waffengeschäften ein Rechtshilfegesuch an die Schweiz gestellt.

Sicherheitspolitik

Der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Felipe Solá, und der Jurist Rafael Bielsa haben am Montag das Thema Sicherheit in der Hauptstadt und Gross-Buenos Aires einer eingehenden Analyse unterworfen. Bielsa sicherte dem Gouverneur seine Unterstützung in Sachen Sicherheitspolitik zu.

Menemistenklage

Der Menemismus erstattete zu Beginn der Woche Anzeige wegen des Diebstahls von zwei Computern aus den Büros, wo die Web-Seite von Carlos Menem hergestellt wird. Ausserdem waren die dort tätigen Personen schriftlich und in Telefonanrufen bedroht worden. In einem der anonymen Anrufe wurde der Computerdiebstahl als Warnung bezeichnet, das nächste Mal seien die Mitarbeiter „boleta“. Das Lunfardowort bedeutet „Tod durch Gewalteinwirkung“.

„piquetero“-Protest

Am Montag, zwei Monate nach dem Tod der „piqueteros“ Maximiliano Kosteki und Darío Santillán, haben ihre Mitstreiter die Pueyrredón-Brücke sechs Stunden lang gesperrt und den Verkehr an dieser wichtigen Stadtein- und -ausfahrt unterbrochen. Mehr als 300 Personen waren an der Blokkade beteiligt, die Polizei griff nicht ein.

Bullrichs Wirtschaftsplan

Die Präsidentschaftskandidatin Patricia Bullrich hat am Dienstag im Rahmen einer Wahlversammlung ihrer Partei „Unión por Todos“ (Union für alle) ihren Wirtschaftsplan vorgestellt, der unter anderem die sofortige Rückgabe der Spareinlagen in der Währung, in der deponiert wurde, vorsieht.

Stunk in Mendoza

In der Provinzhauptstadt Mendoza haben am Dienstag rund 200 Arbeitslose vor dem Gebäude der Provinzregierung demonstriert und die Auszahlung der von der Duhalde-Regierung versprochenen Beihilfe für arbeitslose Haushaltsvorstände gefordert. Als die Polizei die Demonstranten zum Verlassen des Ortes aufforderte, kam es zu einer Strassenschlacht zwischen Polizei und Demonstranten. Ein Demonstrant wurde festgenommen.

Protestmarsch

In Paraná in Entre Ríos haben am Dienstag Provinzangestellte und Lehrer einen Protestmarsch durch die Stadt durchgeführt. Es ging dabei um die Sparmassnahmen der Provinzregierung, die von allen im Öffentlichen Dienst Tätigen abgelehnt werden.

Korruption

Argentinien ist gemäss der Untersuchung der internationalen regierungsunabhängigen Organisation „Transparency International“ (TI) in einer Korruptions-Rangliste vom 57. Platz auf den 70. Platz abgerutscht. Gleichzeitig fiel die Qualifizierung des Landes von 3,5 auf 2,8 (nach dem in den Schulen üblichen Schema von 1-10, wobei 1 die schlechteste Note ist).

Bildungsnotstand

Laut einer Untersuchung auf Landes- und Provinzebene haben von den Studenten, die im Jahre 1990 an einer öffentlichen Universität ein Ingenieursstudium begannen, bis zum Jahre 2000 nur knapp 5,9 Prozent ihren Titel erhalten, d.h. 802 von 13.596 eingeschriebenen Studenten.

Bestechung

In Ushuaia in Tierra del Fuego hat am Mittwoch eine Richterin gegen den Rechtssekretär der Provinzregierung, Raúl Paderne, einen Prozess wegen Bestechung und Betrug eröffnet. Gleichzeitig verhängte sie eine Vermögensbeschlagnahme von 250.000 Pesos. Ausserdem wurde Héctor Pena, ein ehemaliger Geschäftspartner Padernes, prozessiert.

Betrug

Ein Gericht in Santa Rosa hat am Mittwoch den ehemaligen Provinzabgeordneten Juan Sansón wegen Betruges zum Schaden der Provinzverwaltung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Fall brachte Einblicke in die Unregelmässigkeiten in den Stiftungen, die von Abgeordneten der Provinz gegründet wurden, um Subventionen umzuleiten.

Randglossen

Kaum hatte die Regierung den neuen Wahlkalender erlassen, bemühte sich Präsident Duhalde im trauten Gespräch mit einigen Gouverneuren sowie mit engen Mitarbeitern und auch mit Expräsident Alfonsín um Varianten zur Bestellung der Kandidaten. Zur Diskussion stand unter anderen das Gesetzesprojekt des Deputierten Gerardo Conte Grand, der im Justizialismus der Bundeshauptstadt auf Gustavo Béliz hört. Danach sollten die Internwahlen ausgesetzt und durch ein eigenartiges Huckepack-System ersetzt werden. Wenn kein Kandidat 45 Prozent der Stimmen erreicht, folgt die Stichwahl der beiden meistgewählten ihrer Parteien, deren Stimmen allerdings addiert werden, wenn mehrere Kandidaten sich bewerben. Die Radikalen lehnen das Huckepack-System grundsätzlich ab, auch diese Variante, so dass die geneigten Justizialisten nicht mit ihren Stimmen im Kongress rechnen können, ohne die keine absolute Mehrheit gemustert werden kann. Aus.

Das andere Huckepack-System wur-de vom PJ-Gouverneur Juan Carlos Romero aus Salta empfohlen. Die Justizialisten verzichten auf die Internwahl und gehen mit mehreren Kandidaten in die Wahl, indem sie fremde Parteien mieten, aber die Embleme der eigenen Partei ausweisen. Die Stichwahl könnte dann sogar zwischen zwei Justizialisten ausgetragen werden, ebenso wie bei Streuung unter mehreren justizialistischen Kandidaten keiner die Zweitwahl erreichen würde. Der Vorschlag beruht auf dem Versprechen, dass die unterlegenen Kandidaten den Sieger in der Stichwahl unterstützen, worüber freilich nicht immer die Parteibosse, sondern vielmehr die anonymen Wähler entscheiden. Auf jeden Fall müsste ein Parteitag, genannt Kongress, mit rund tausend Delegierten entscheiden. Diese werden bei solchen Anlässen handgreiflich, so dass die Sitzungen im Tumult enden und nichts entschieden wird. Düstere Aussichten.

Gouverneur von San Juan suspendiert

Eine Kommission der Abgeordnetenkammer von San Juan hat am Montag Gouverneur Alfredo Avelín von seinem Amt suspendiert. Gegen ihn läuft ein von den Gewerkschaften der Provinzangestellten beantragter politischer Prozess. Avelín wird „Nichterfüllung der Pflichten des Amtsträgers im öffentlichen Dienst“ vorgeworfen. Gleichzeitig mit der Suspendierung begann eine Frist von 30 Tagen, in der die Abgeordneten entscheiden müssen, ob der Gouverneur definitiv abgesetzt wird. Die Amtsgeschäfte der Provinz werden vorläufig von Vizegouverneur Whaldino Acosta wahrgenommen. Es ist das vierte Mal, dass derartige Massnahmen gegen Avelín ergriffen werden. Wenn auch die Vorwürfe immer die gleichen waren, so hat sich doch die soziale Situation in der Provinz erheblich verschlimmert. Die nicht umgeschuldeten Provinzverpflichtungen betrugen für das Haushaltsjahr 2001 297 Millionen Pesos bei einem Haushalt von 720 Millionen Pesos. Die schwerwiegendste Sünde Avelíns ist sein Widerstand, die Ausgaben der Provinz zu kontrollieren, und seine Weigerung, den Fiskalpakt zu unterzeichnen.

Das Vereinsporträt

Auch Lehrer lernen nie aus

Deutschlehrer-Verband bietet Hilfe und Fortbildungen

Nach vielen Jahren ihrer Einwanderung pflegen viele Deutsche und Deutschstämmige weiterhin ihre Kultur in Vereinen und Verbänden. Das Argentinische Tageblatt porträtiert in einer Serie die Vielfalt dieser Vereinigungen und stellt in einer losen Folge das rege Vereinsleben der Deutschen in Argeninien vor. Damit soll ein Beitrag zur Erhaltung der kulturellen Vielfalt innerhalb der deutschen Gemeinschaft geleistet werden. Die Reihenfolge der vorgestellten Vereine und Gruppen ist willkürlich und stellt keine Wertung dar.

In den Zeiten der Krise und der daraus resultierenden Ausreisewelle möchten immer mehr Argentinier die deutsche Sprache lernen. Kein Wunder also, dass die Nachfrage nach Deutschlehrern an den Schulen des Landes wie seit langem nicht mehr gestiegen ist. Die Stillung dieser Nachfrage sowie die Aus- und Fortbildung der Deutschlehrer sind Teil der Aufgaben, die der Verband deutschsprachiger Lehrer und DaF-Lehrer in Argentinien (VDLDA) wahrnimmt.

Die Ursprünge des Verbandes reichen bis in die Vorkriegszeit zurück. Aufgrund der Geschehnisse im Zweiten Weltkrieg musste er jedoch seine Arbeit aufgeben. Mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Argentinien in den 50er Jahren wurden auch die Schulen mit deutschsprachigem Unterricht wieder geöffnet. Die Schülerzahlen stiegen ebenfalls rapide an. Vor allem argentinische Grundschullehrerinnen aus deutsch-argentinischen Familien unterrichteten damals an den deutschen Schulen. Da diese aber den Bedarf an Lehrkräften nicht komplett erfüllen konnten, griffen die Schulen auf eine „Notlösung“ zurück: Deutsche „Hausfrauen“ - in der Nachkriegszeit eingewandert - wurden als nicht ausgebildete Lehrkräfte eingesetzt. Im Laufe der Zeit reisten dann zusätzlich „entsandte Lehrer“ des Bundesverwaltungsamtes aus Deutschland ein, um den Lehrermangel zu dämpfen.

Interessenwahrung, Fortbildung, Kontakte

Mit der Zeit wurden einige Probleme offenkundig. So hatten beispielsweise die nicht ausgebildeten Lehrkräfte weder einen gewerkschaftlichen Schutz noch den Beamtenstatus. So kam schnell der Gedanke auf, einen Verband zur Wahrung des Berufsinteresses zu schaffen. Im Jahre 1958 wurde schliesslich der Verband deutschsprachiger Lehrer gegründet, der sich neben seinem gewerkschaftlichen Charakter auch die Fortbildung der Lehrer zum Ziel gesetzt hat. Die Herstellung persönlicher Kontakte fallen ebenfalls in den Aufgabenbereich des Verbandes. Heute zählt der landesweit agierende VDLDA 560 Mitglieder. Dazu gehören sowohl deutsche Staatsbürger und Deutschstämmige als auch Argentinier, die Deutsch unter-richten.

Wie wichtig die Vermittlung der Sprache für deutsche Familien in Argentinien ist, hat auch die Vorsitzende des VDLDA, Magarita Stecher, sehr früh erfahren. Als Kind deutscher Eltern wurde sie in Argentinien geboren. Zu Hause sprach man Deutsch, bei ihrer Einschulung erst lernte die damals 5-Jährige Spanisch. Als Kind fiel es ihr somit schwer, die deutsche Orthografie zu erlernen. Erst auf weiterführenden Schulen eignete sich Magarita Stecher fehlende Deutschkenntnisse an, die ihr später als Übersetzerin zu Gute kamen. Ein Zufall führte dazu, dass die Mutter dreier Kinder danach Lehrerin wurde. Aufgrund des besagten Lehrermangels nahm sie das Angebot an, ein Jahr lang als Vertreterin an der Schule ihrer Kinder Deutsch zu lehren. Ihre neue Aufgabe gefiel ihr so gut, dass sie schliesslich die Ausbildungen zur Lehrerin wahrnahm. Der Ausbildung folgten viele Berufsjahre als Deutschlehrerin, u.a. arbeitete Magarita Stecher 13 Jahre lang als Schulleiterin.

„Lehrerwoche“ und Kongresse

Einmal im Jahr trifft sich ein Grossteil der Mitglieder des VDLDA zur Fortbildung. In dieser „Lehrerwoche“, die jedesmal in einer anderen argentinischen Provinz stattfindet, werden praktische Themen für den Unterricht diskutiert. Im letzten Jahr beispielsweise informierten sich die Lehrer in La Cumbrecita über neue Unterrichtsmethoden. Zu den jährlichen Kongressen finden sich stets deutschsprachige Lehrer aus allen möglichen lateinamerikanischen Ländern zusammen, in denen sich die Pädagogen ebenfalls zu organisierten Verbänden zusammengeschlossen haben. Alle drei Jahre wird auch ein Kongress in Argentinien realisiert. Sowohl die Fortbildung als auch den Kongress trägt der VDLDA zusammen mit dem Goethe-Institut, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), der Regionalen Fortbildung und der Zentrale für Auslandsschulwesen (ZfA).

Die Organisation ist natürlich für weitere Mitglieder offen. Ausserdem können sich Lehrer, die eine Stelle suchen, oder auch Schulen, die Lehrer brauchen, an den Verband wenden. Für Rechtsfragen steht zudem ein Anwalt zur Verfügung. Telefonisch erhält man Auskünfte unter 4751-2418; oder bei der E-Mail-Adresse: vdlda@abaconet.com.ar

Alexander Del Regno

TABELLEN

Fußball

Torneo Apertura

Fünfter Spieltag: Huracán - Chacarita 0:1, Talleres - Vélez 0:2, Independiente - Newell’s 1:1, Estudiantes - River 0:6, Arsenal - Colón 2:3, Unión - Gimnasia 2:1, Central - Racing 4:0, Nva. Chicago - Olimpo 2:2, Boca - San Lorenzo 2:2, Banfield - Lanús 0:0.

Tabellenspitze: 1. River 10:1 Tore, 13 Punkte; 2. Central 16:5, 12; 3. Independiente 11:4, 11; 4. Boca 9:3, 11; 5. Newell’s 8:3, 11.

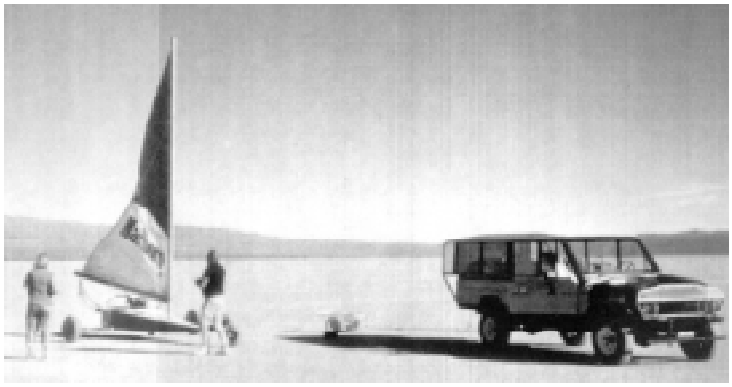
Hockey

Leonas im Finale

Mit einem 2:2 Unentschieden gegen Australien qualifizierten sich die argentinischen Hockey-Damen für das Finale der 10. Champions-Trophy in China. Dort treffen sie auf die Gastgebers-Mannschaft. Zuvor schlugen die Leonas England souverän mit 4:0 und Neu Seeland (1:0). Die Spiele gegen Holland und China endeten jeweils mit 1:1.

AUSFLÜGE UND REISEN

Schnell wie das himmlische Kind



Windkart neben einem Geländewagen in Barreal.

Barreal ist einer der schönsten Ferienorte überhaupt, die man in Argentinien finden kann. Da etwas abseits, ist es relativ wenig bekannt: Die Ortschaft liegt in einem herrlichen Tal der Vorkordillere in der Provinz San Juan, allerdings nicht leicht zugänglich, da man entweder über Mendoza und Uspallata oder aber auf einer schmalen Bergstrasse über Calingasta anreisen muss. Dadurch, dass dieser Weg obendrein von Baumaschinen bevölkert ist, die an der Konstruktion zweier Staudämme in der Schlucht des Río San Juan beteiligt sind, wird die Zufahrt nicht vereinfacht.

Trotzdem lohnt ein Besuch. Es gibt in Barreal ausreichend viele und gute Unterkunftsmöglichkeiten, angefangen bei den Cabañas Doña Pipa (0264) 8441004 von Ramón Ossa. Zu besuchen gibt es das 25 Kilometer entfernte astronomische Observatorium Casleo (Centro Astronómico Leoncito) und von dort ein einmaliger Ausblick auf die benachbarten Sechstausender der Hoch-Anden (Aconcagua in der Ferne, Mercedario,

Ramada, Pico Polaco, La Mesa, usw.). Desgleichen werden von Barreal Ausflüge zu Pferd auf den Spuren des Befreiergenerals San Martín organisiert, der von hier aus den Paso de los Patos nach Chile überschritt.

Besonders interessant aber sind die Windkart-Rennen auf dem nahen Barreal Blanco del Leoncito, eine spiegelglatte Erdoberfläche, auf der in der anstehenden Saison September bis November Rennen mit Dreirad-Seglern stattfinden. Neuerdings gibt es aber auch Windkarts, um dem interessierten Touristen eine Schnupper-Vorführung zu ermöglichen. Dafür wurden speziell dreisitzige Karts entwickelt, auf denen der Instrukteur sowie zwei Passagiere Platz finden. Bei gutem Wind, der im Frühling nachmittags zwischen vier und fünf einsetzt, kommt man mit solch einer rollenden „Yacht“ auf über 100 Stundenkilometer. Der Mietpreis beträgt 70 Pesos für vier Stunden.

Flussrundfahrten

Schön, abwechslungsreich, und obendrein preiswert sind Rundfahrten im Tigre-Delta. Drei Gesellschaften bieten ihre regelmässigen Dienste an: Riotur, ab Puerto de Frutos (Telefon 4731-0280), Catamaranes Interisleña (4731-0261) sowie Sturla (4731-1300), die letzteren beiden ab Flusshafen Tigre. An Bord kann man sich verköstigen. Besonders Ausländer sind immer wieder vom Grün und der Blumenpracht des Inselgewirrs – vor allem im jetzt sich anbahnenden Frühling – überwältigt.

Tourismusbörse

Vom 19. bis zum 22. Oktober läuft in den Ausstellungshallen der Sociedad Rural Argentina an der Plaza Italia die Feria Internacional de Turismo de Buenos Aires (FIT). Im Gegensatz zu vergangenen Jahren, als ausländische Reiseveranstalter zahlreich vertreten waren - u.a. sogar Indien, Australien und Samoa -, wird diesmal das lokale Angebot überwiegen, denn Argentinien ist heutzutage nicht nur nach wie vor eines der schönsten Reiseländer, sondern für Ausländer gleichzeitig eines der kostengünstigsten.

Marlú

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags $ 3,65. Der Terminkurs zum 30.8 betrug $ 3,63 und zum 30.9. $ 3,79.

***

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1,8% auf 379,90, der Burcapindex um 0,8% auf 1.5.45,54 und **der Börsenindex um 1,1% auf 21.110,46.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 1% auf $ 1,8061.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 26.8.02 U$S 9,10 Mrd., der Banknotenumlauf $ 15,04 Mrd. Eine Woche zuvor waren es U$S 9,07 Mrd. bzw. $ 15,27 Mrd., einen Monat zuvor U$S 8,97 Mrd. bzw. $ 15,07 Mrd. und ein Jahr zuvor $ 15,26 Mrd. bzw. $ 11,54 Mrd.

***

Das Abgeordnetenhaus der Provinz Mendoza hat eine Gesetzesvorlage zur Weiterleitung an den Senat angenommen, mit der Mineralwasser mit einer Steuer von 1,5% belastet werden soll. In Mendoza wird 70% des argentinischen Mineralwassers gewonnen. Die 3 Firmen Danone, Nestle und Quinsa produzieren 73% davon mit den Marken Villavicencio und Eco de los Andes. Im Vorjahr wurden noch rd. 500 Mio. l Mineralswasser für rd. U$S 350 Mio. abgesetzt. Durch die Folgen der Abwertung ist der Verbrauch bisher um 25% bis 30% zurückgegangen. Dennoch will die Provinzregierung mit der neuen Steuer $ 8 bis 9 Mio. im Jahr einnehmen.

***

Am 23.8. wurde der erste Rechtsspruch eines Bundesverwaltungsgerichtes bekanntgegeben, durch den die von der Regierung mittels Dekret Nr. 471 verfügte Pesifizierung von Staatspapieren in Dollar als verfassungswidrig erklärt wird. In der Urteilsbegründung heisst es, dass der angegebene Wirtschaftsnotstand die Pesifizierung mit U$S 1 = S 1,40 vom Staat eingegangener Verpflichtungen nicht rechtfertige, die, wie offenkundig und allgemein bekannt sei, in keinem Verhältnis zum Wert der US-Währung auf dem freien Devisenmarkt stehe. Ausserdem verletze die Pesifizierung die Gleichheit vor dem Gesetz, da unter argentinischem Gesetz ausgegebenen Staatspapieren eine andere Behandlung als den unter ausländischen Gesetzen ausgegeben zuteil würde, die nicht pesifiziert wurden. Obwohl sich der Fall auf Bocon-Konsolidierungsbonds beschränkt, werden von dem Urteil alle pesifizierten Staatsbonds betroffen werden, einschliesslich der garantierten Darlehen für über U$S 50 Mrd. aus der letzten Umschuldung, die sich in Händen von Finanzanstalten, AFJP-Rentenkassen und Versicherungsgesellschaften befinden. Es wird vorausgesetzt, dass gegen das Urteil Berufung eingelegt wird und der Oberste Gerichtshof die letzte Entscheidung treffen muss.

***

Die der britischen Walbrook-Gruppe gehörende Nieves de Mendoza hat den Zuschlag von 36% des Las Leñas Skiressorts vor seinem Konkurrenten Irsa erhalten. Von den verkauften Aktien hatten 24% einem Treuhandfonds unter der Federführung der Banco Galicia und 12% der zur Dresdnerbank gehörenden Growler Group gehört. Bereits bei dem in Mendoza unter ähnlichen Bedingungen angebotenen 100 Zimmer-Viersternehotel Aries, hatte Nieves de Mendoza das U$S 800.000 Angebot von Irsa um U$S 300.000 überboten.

***

Nach amtlichen Mitteilungen haben mehr als 200.000 Unternehmen mit über 1,5 Mio. Mitarbeitern ihre ART-Arbeitsrisiko-Versicherungen gekündigt oder aufgehört, die Beiträge zu zahlen, die meisten seit der 1998 eingesetzten Rezession. Diese Firmen schulden an Raten und Bussen bereits $ 83,9 Mio. Weitere 200.000 Betriebe seien bei der Sozialen Sicherheit eingetragen, jedoch weder bei der Pflichtversicherung für Arbeitsrisiken, noch bei einer als Alternativmöglichkeit vorgeschriebenen Selbstversicherung angemeldet. Diese Firmen schulden bereits $ 480 Mio. Die rd. 430.000 versicherten Unternehmen mit rd. 4,4 Mio. Mitarbeitern sind zu etwa 20% in Zahlungsverzug mit monatlich rd. $ 10 Mio. Im Arbeitsministerium wurde der Vorschlag laut, dass sich diese Betriebe neu eintragen sollen. Damit müssten sie die im Gesetz vorgesehene Busse von 50% auf nicht bezahlte Beiträge nicht bezahlen, und die für die Arbeitssicherheit notwendigen Investitionen könnten a Konto der Schuld angerechnet werden.

***

Im Juli hat die Privatwirtschaft im Ballungsgebiet Gross Buenos Aires weitere 6.500 Stellen streichen müssen, wie das Arbeitsministerium bekanntgab. Obwohl etwas geringer als in den Vormonaten bedeutet der Abbau 10,6% bzw. 170.000 Arbeitsplätze weniger in den letzten 12 Monaten. Jeder 10. rechtmässig eingetragene Arbeitnehmer hat im letzten Jahr seinen Posten verlorern. Die bedeutendsten Verringerungen fanden im Baugewerbe und im Handel statt und nach letzten Meldungen in zunehmendem Mass im Finanzbereich.

***

Auch Telecom hat sein Halbjahresergebnis 02 bekanntgegeben: $ 4,1 Mrd. bzw. U$S 1,15 Mrd. Verlust, gegen $ 80 Mio. Gewinn im gleichen Vorjahreszeitraum. Für das 2. Jahresquartal gab die von der französischen und der italienischen Telecom kontrollierte Firma $ 836 Mio. Verlust gegen $ 19 Mio. Gewinn im 2. Quartal 01 bekannt.

***

Das Textil- und Schuhwerkunternehmen Alpargatas hat für das 1. Halbjahr 02 einen Nettoverlust von $ 155,7 Mio. angegeben. Die Firma weist ein negatives Nettovermögen von $ 333,56 Mio. aus.

***

Nach im Mai durchgeführten Ermittlungen des Statistikamtes Indec arbeiten rd. 40% der argentinischen Lohn- und Gehaltsempfänger schwarz. Die grössten Prozentsätze wurden im Nordgebiet des Landes festgestellt. Das Amt gab an, dass 38,4% der Arbeiter und Angestellten keine vorschriftsmässige Lohnabrechnung erhalten, auf der die Abzüge für Renten und Soziallasten aufscheinen.

***

Im Parlament befinden sich derzeit 49 Gesetzesvorlagen über Kreditkarten. Sie befassen sich beinahe ausschiess-lich mit den Gebühren, die die Finanzanstalten den angeschlossenen Geschäften berechnen.

***

Das 6 Monate lang stillgelegte Kohlebergwerk von Río Turbio hat seine ersten 1.000 t Braunkohle nach Bahía Blanca geliefert. Nachdem die Firma S. Taselli von ihrem Konzessionsvertrag zurückgetreten war, hat die Provinzregierung von Santa Cruz den ehemaligen Vizegouverneur und Senator der Provinz, E. Arnold, als Interventor eingesetzt.

***

Ein Verwaltungsgericht hat die amtliche Belastung des Dieselöls mit zusätzlichen $ 0,05 pro Liter als verfassungswidrig untersagt. Sie sei eine Steuer und keine Gebühr.

***

Die Bautätigkeit ist im Juli im Vorjahresvergleich um 39,6% zurückgegangen. Im Vorjahresvergleich der ersten 7 Monate beträgt der Rückgang 38,3%.

***

Die argentinische Filiale der deutschen Schering plant Joint ventures mit einem argentinischen und einem ausländischen Pharmaunternehmen, um ihre Fabrikskapazität auszulasten. Schering will an der zu gründenden Firma mit 50%, die Partner mit je 25% beteiligt sein. Sie soll jedem Partner die Herstellung für ihn berechnen und ausserdem Lohnarbeiten durchführen. Für die erforderlichen Lagerräume will Schering Argentina $ 1,5 Mio. investieren. Seit 1995 hat das Stammhaus rd. U$S 20 Mio. in den Ausbau seiner argentinischen Niederlassung investiert. Im Vorjahr wurde eine Umstrukturierung bekanntgegeben, die den Verkauf von 6 der weltweit 20 Fabriken vorsah. Obwohl Schering seit 1935 in Argentinien tätig ist, hat die Abwertung Rückstellungen von U$S 20 Mio. und Strategiewechsel erfordert. Schering Argentina erzeugt 50% ihrer hier verkauften Pharmaprodukte, ist Markterste bei Empfängnisverhütungsmitteln und hat bedeutende Anteile bei dermatologischen, krebsbehandelnden-, Sklerose- und Leukemie-Arzneien. Die Lohnarbeit für andere Pharmaunternehmen wie Altana, Bagó, Bayer und Merck wird weitergeführt. Im Vorjahr wurde für U$S 17,5 Mio. exportiert, für dieses Jahr werden U$S 19,5 Mio. angepeilt.

***

Wirtschaftsminister Lavagna bezeichnete die von den Unternehmen, die öffentliche Dienste betrteiben,

Aussenschuld nach Den Haag ?

In Parlamentskreisen mehren sich Stimmen, die die Frage der argentinischen Aussenschuld vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag bringen wollen, der über die Rechtmässigkeit der geforderten Beträge entscheiden soll.

Einer der Juristen, der den Gedanken vorantreibt, der Italiener Sandro Schipani und der Dekan der Rechtsfakultät der Universität von Buenos Aires, Atilio Alterini, wurden am Dienstag im Senat angehört, in dem bereits zwei Gesetzesvorlagen aufliegen, mit denen die Regierung aufgefordert werden soll, die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Es soll eine „beratende Meinung“ des Gerichtes über die Rechtmässigkeit der Schuld und ihrer hohen Zinsen nach allgemeinen Rechtsbegriffen gefordert werden, die den Vertretern des Standpunktes zufolge von den mächtigeren Staaten zum Schaden der Schuldner verletzt worden seien.

Schipani, der auch vom Lateinamerikanischen Parlament eingeladen wurde, versicherte, die Meinung des Internationalen Gerichtshofes würde für Körperschaften wie die Vereinten Nationen, den IWF und die Weltbank bindend sein.

Von den Senatorinnen Malvina Seguí (PJ) und Marta Raso (UCR) eingeladen, erinnerte der italienische Sprecher, dass die Fed einseitig die Zinssätze für die Aussenschuld 1980 von 6% auf 22% erhöht habe und das die Bemühungen der Regierungen, ihre Schulden zu bezahlen, sie daran hinderten, den Verpflichtungen ihren Völkern gegenüber nachzukommen und sie zwingen, Investitionen für die Ernährung, Gesundheit und Erziehung derselben zu verringern.

Der Dekan Altieri, der bereits im Juli mit etwa 30 argentinischen Juristen ähnliche Gedanken ausgearbeitet und bekannt gegeben hat, betonte dass, wären die Zinssätze gleich geblieben, die Schuld bereits 1998 bezahlt gewesen wäre. Statt dessen würden neue Darlehen angefordert, um Zinsen zu bezahlen, so dass der Schuldenberg ständig zunimmt.

USA erleichtert Einfuhren aus Argentinien

Die Regierung der USA hat für Argentinien und zwei weitere in Schwierigkeiten befindliche befreundete Staaten, die Türkei und die Philippinen, Bestimmungen erlassen, die eine flottere Einfuhr einiger ihrer Erzeugnisse zu Nullzöllen gestatten werden.

Die bisher neun betroffenen argentinischen Erzeugnisse sind das Dulce de Leche, Käse, Erdnüsse, Erdnusspaste, Traubensaft und -most, Harze, Eisenlegierungen und Kfz-Zulieferteile. Der Amtsweg für die Sonderbewilligungen wird von einem Jahr auf fünf Monate verringert.

Wie der argentinische Botschafter in den USA, D. Guelar, erklärte, handle es sich hier um eine rein politische Entscheidung der Regierung Bush, aufgrund der Krisendrohungen in Uruguay und Brasilien. Die Unterstützung der USA für Argentinien sei nicht finanziell, sondern eine Erleichterung für den Zugang argentinischer Erzeugnisse in die USA.

Zu den genannten Produkten kommen weitere, die bereits auf der Vorzugsliste standen, jedoch wegen argentinischer Verletzungen des Patentrechtes von derselben gestrichen wurden. Damals wurden 50% aller bevorzugten Produkte aus Argentinien von der Strafmassnahme betroffen die nun wegen Patentunstimmigkeiten nicht mehr angewendet werden soll. Ausserdem sollen bei der jährlich im September stattfindenden Überprüfung der Vorzugslisten für die allgemeine Einfuhrpolitik der USA weitere Ausfuhrwaren Argentiniens eingeschlossen werden, so dass insgesamt 57 Produkte bevorzugte Einfuhrbedingungen in den USA erhalten. Allerdings wurden von denselben im Vorjahr nur für U$S 125 Mio. in die USA geliefert.

Während des nun beschleunigten Amtsweges werden die argentinischen Angebote ab September eingereicht, können jedoch in einer öffentlichen Anhörung von US-Konkurrenten beanstandet werden. Die US-Regierung hat dann bis zum 31.1.03 das letzte Wort.

geforderten Tarifanpassungen als übermässig und bestätigte, dass es einen Sozialtarif für untere Einkommenschichten geben wird. Die öffentliche Anhörungen über die Tariferhöhungen wurden für den 25.9. für Strom, den 26.9. für Gas, den 4.10 für Trinkwasser und den 7.10 für Fernsprechdienste festgelegt. Nach den Anhörungen wird die Regierung innnerhalb von 8 Tagen ihre Beschlüsse bekannt geben.

***

Gesundheitsminister Ginés González García erklärte, die sogenannte „generische“ Verschreibung von Medikamenten habe die Preise zum ersten Mal seit vielen Jahren stark gesenkt. Die Streitfrage in dieser Angelegenheit ist, ob verschiedene Pharmaprodukte, die sich auf eine bestimmte Droge stützen, jedoch auch andere enthalten, wirklich äquivalent sind. Unternehmen der Branche und Ärzte behaupten, dass dies oft nicht der Fall sei, und der Apotheker nicht in der Lage sei, die effektive Äquivalenz in jedem Fall festzustellen. García Gonzalez weist auf die anormal hohen Preisunterschiede für Pharmaprodukte hin, die sich auf einen gleichen Aktivstoff stützen, was nur möglich sei, weil die Ärzte ein Produkt und nicht die wirksame Droge verschreiben. Dieser Tatbestand lässt sich leicht feststellen, wenn man die Preise der verschiedenen Antibiotika vergleicht, die Amoxilin enthalten und genau die gleiche Wirkung haben.

***

Durch Beschluss 322/02 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 27.8.02) wurde das Budget 2002 des Föderalen Amtes für Öffentliche Einnahmen, bekannt unter dem Kürzel AFIP, genehmigt. Durch Dekret 1399 vom 4.11.01 (siehe A.T. vom 10.11.01) wurde bestimmt, dass die AFIP von Nationalbudget insofern ausgeklammert wird, als ihr 2% der Fiskaleinnahmen zugeteilt werden, für die sie verantwortlich ist, wobei noch 0,75% für einen Fonds für Zulagen für das Personal hinzukommen. Hier wird davon ausgegangen, dass höhere Einnahmen an Steuern, Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren mit höheren Verwaltungsausgaben verbunden sind. Die Einnahmen werden auf $ 1,81 Mrd. geschätzt und die Betriebsausgaben auf $ 1,08 Mrd. Hinzu kommen Kapitaleinnahmen für $ 19,53 Mio. und Kapitalausgaben für $ 111,32 Mio.

***

Nach offiziellen Angaben wurden dieses Jahr 6,3 Mio. ha mit Weizen gesät, gegen 7,1 Mio. ha im Vorjahr. Da die Verwendung von Düngemitteln u.a. Chemikalien schätzungsweise um 30% geringer ist, wird mit einer Ernte von nur 13,5 Mio. t gerechnet, gegen 15,3 Mio. t im Vorjahr. Dennoch hängen die Erträge pro Hektar weitgehend von den Witterungsbedingungen ab, wobei dieses Jahr ein Frühling mit viel Regen erwartet wird. Ausserdem wird immer mehr französischer „Baguette-Weizen“ gesät, der wesentlich höhere Erträge ergibt.

***

Gemäss Angaben der Consulting-Firma Economía y Regiones, geleitet von Rogelio Frigerio, ehemaliger Vizeminister von Roque Fernández, haben die Provinzen in den erste 7 Monaten 02 als Beteiligung an den Nationalsteuern $ 6,84 Mrd. erhalten, 34,4% weniger als die $ 8,92 Mrd. der gleichen Vorjahresperiode. Nachdem den Provinzen für diesen Zeitraum ein Mindestbetrag von $ 7,88 Mrd. zugesichert worden war, hätten sie somit $ 1,04 Mrd. zu wenig erhalten. Die radikalen Gouverneure, angeführt von Angel Rozas (Chaco) fordern unmittelbar $ 503 Mio. Sie beklagen sich, dass der Nationalstaat die in Lecop-Staatspapieren gezahlten Steuereinnahmen von den Einnahmen abzieht, auf die der Beteiligungsschlüssel angewendet wird. Indessen handelt es sich hier um eine Schuldentilgung, wobei die Lecop, die die Nation an die Provinzen vergibt, nicht eine echte Zuwendung, sondern einen Kredit darstellen. Ebenfalls werden die in Patacón-Bonds der Provinz Buenos Aires gezahlten Nationalsteuern vom Betrag abgezogen, der auf diese Provinz entfällt.

***

Die Wirtschaftsführung gab bekannt, dass Argentinien trotz seiner Defaulterklärung in diesem Jahr bereits für über U$S 1 Mrd. Zinsen für die Verschuldung der öffentlichen Hand und für weitere U$S 2 Mrd. Kapitalfälligkeiten beglichen hat. Zusammen seien das U$S 3 Mrd., die ein grossen Teil der ZB-Verluste an Devisen in diesem Jahr seien. Die Zahlungen erfolgten, weil ein grosser Teil der Staatsschulden aus dem Default ausgeklammert seien. Derartige Fälligkeiten zum 31.12.02 oder bis zu ihrer möglichen Umschuldung seien: Pesifizierte und garantierte Darlehen von Banken und AFJP Rentenkassen, Schulden an internationale Körperschaften wie IWF, BID und die Weltbank. Boconbonds Serie 2 und Renten-Bocon Serie 2 in Händen ihrer ursprünglichen Inhaber. Bontes, Letes, Bocon und Rentenbocon in Händen von über 75-Jährigen. Verpflichtungen für Provisionen und Beratungen der Finanzanstalten und Risikobewerter, die für die Umschuldungsverhandlungen der Aussenschuld unerlässlich sind.

***

Acindar, der grösste Stahlerzeuger des Landes, gab der Börse für das 1. Halbjahr $ 581,1 (1.Halbj.01 $ 142,7) Mio. Verlust bekannt. Der im Default befindliche Konzern führt die mehr als Vervierfachung des Verlustes auf die Absatzkrise der Kfz- und Bauindustrie zurück.

***

Die von der Schweizerischen Holcim-Gruppe kontrollierte Minetti-Zementfabrik gab für das 1. Halbjahr 02 $ 515 Mio. Verlust bekannt. Das Nettovermögen der Firma beträgt $ 85 Mio.

***

Das zur französischen TotalFinaElf gehörende Wärmekraftwerk Central Puerto hatte im 1. Halbjahr 02 $ 216,3 Mio. Verlust. Im gleichen Vorjahreszeitraum betrug der Gewinn $ 13,2 Mio. Der Umsatz fiel im selben

KAUFEN VERSCH.
COMPRAS VARIAS

IVES Compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287.

Der Kfz-Kauf mit Boden-Staatspapieren

Die Wirtschaftsführung hat die neuen, geänderten Vorschriften für den Kauf von fabrikneuen Kfz und Landwirtschaftsmaschinen mit Boden 2012 Staatspapieren, die für eingefrorene Konten ausgegeben wurden, bekannt gegeben.

Die Bewertung der Boden-Bonds durch Ausschreibungen wurde fallen gelassen. Die Vorgehen für den öffentlichen und den Privatbereich wurden getrennt. Die Obergrenze von $ 300 Mio. für diese Geschäfte, sowie die Frist von 60 Tagen innerhab denen sie getätigt werden können, wurde beibehalten. Als zusätzliche Absicherung wurde bestimmt, dass das Staatssekretariat für Konkurrenzschutz eventuelle Beschwerden über Unregelmässigkeiten bei der Abwicklung entgegennehmen und an die Wirtschaftsführung weiterleiten muss.

Der im Amtsblatt vom 26.8.02 veröffentlichte Beschluss Nr. 327 besagt, dass die Konzessionäre, Hersteller oder eingetragenen Verkäufer durch ein Finanzinstitut und über den Offenen Elektronischen Markt die für diese Käufe einzusetzenden Boden 2012 Bonds durchzugeben haben. Die Information muss die Nennwerte der einzusetzenden Bonds enthalten und das Schatzamt muss am nächsten Tag die Annahme oder Ablehnung des Geschäftes bekannt geben. Die Käufer müssen innerhalb von sieben Arbeitstagen nach Bestätigung der Annahme die entsprechenden Bonds übertragen, damit sie auf dem Konto des Finanzinstitutes durch die Behörde (Caja de Valores SA) gesperrt werden. Dieses Amt muss die Bonds anschliessend dem Konto des Schatzamtes bei der Zentralbank übertragen, die die Beträge daraufhin dem Finanzinstitut überweist.

Für Ausschreibungen von Kfz und Maschinen für den öffentlichen Bereich hat die Wirtschaftsführung verfügt, dass nur Regierungsbonds Libor 2012 in US-Dollar eingesetzt werden dürfen.

Das Schatzamt wird ausserdem täglich den technischen Wert der Bonds bekanntgeben, bis ein Betrag von $ 150.000 erreicht worden ist.

Der Verbrauch schrumpft weiter

Nach letzten Angaben des Statistikamtes Indec haben die Supermärkte im Juli um 27,6% weniger als im Vorjahresjuli und um 1,4% weniger als im Juni verkauft. Damit hält der im Februar eingesetzte Rückgang der Verkäufe weiter an. Bei den Shoppings hat das Statistikamt die gleiche Tendenz festgestellt. Gleichzeitig meldete das Amt, dass die Preise gegenüber dem Vormonat um 4,7% und gegenüber dem Vorjahresjuli um 69,1% zugelegt haben.

Die Ermittlungen bei den Supermärkten werden vom Statistikamt ständig und saisonbereinigt durchgeführt. Ohne Bereinigungen ergaben die Verkaufszahlen im Juli knapp $ 1,4 Mrd., um 22,2% mehr als im gleichen Vorjahresmonat und um 4,5% mehr als im Vormonat. Die Teuerung des sogenannten Familienwarenkorbes hat in den ersten 7 Monaten des Jahres um 5,4% mehr als die allgemeine Teuerung von 37,4% zugenommen.

Im Einzelnen hat das Statistikamt für den Vormonatsvergleich im Juli Preiszunahmen von 4,7% bei Nahrungsmitteln und Getränken ermittelt, von 2,6% bei Reinigungs- und Parfümeriebedarf, 2,5% bei Bekleidung und 10,6% bei Verschiedenen. Bei elektronischen Geräten betrug die Monatsteuerung 7,4%.

Bei den Shoppings, wo zum Unterschied mit Supermärkten keine lebensnotwendigen Waren geboten werden, ging der Juliabsatz in konstanten Werten im Vorjahresvergleich um 27,3% zurück, bei Preiszunahmen von 38,2%.. In den ersten sieben Monaten betrug die vergleichsweise Schrumpfung der Verkäufe 30% und die Preiserhöhung 21,6%. Die Umsätze erreichten $ 147,4 Mio., um 2,4% mehr als im Vormonat und um 0,5% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Der Absatzvergleich der ersten sieben Monate ergibt ein Minus von 14,9%.

Vergleich um 49% auf $ 116 Mio., die Abwertung belastete Aktiven und Passiven mit bisher $ 167 Mio.

***

Der Tankstellenverband Fecra gab bekannt, dass die Benzinverkäufe in Buenos Aires Stadt im August um 40% geringer als im gleichen Vorjahresmonat waren.

***

Sunset Port, Inhaberin des Aconcaguahotels in Mendoza will weitere Hotelbetriebe in Argentinien kaufen. Sie hat bereits das Esturiónhotel in Puerto Iguazú erworben, das zur Rayentray-Hotelkette gehörte, die 7 weitere Hotels im Süden des Landes und eines in Punta del Este betreibt. Obwohl über den Preis Stillschweigen vereinbart wurde, werden in Fachkreisen U$S 2,5 Mio. genannt.

***

Cargill Argentina, der grösste Exporteur landwirtschaftlicher Erzeugnisse des Landes, hat in Valle de Chilecito, Provinz La Rioja, bei einer gerichtlichen Versteigerung 2.600 ha, davon 780 mit Olivenhainen bepflanzt, für rd U$S 1 Mio. erworben. Zu dem günstigen Preis von etwa U$S 385 pro ha erwartet das Unternehmen in 4 Jahren Ernten von 6.000 bis 7.000 Jato Oliven.

***

Die kanadische Scotiabank gab die letzten Schritte zur Trennung von ihrer ehemaligen argentinischen Filiale, der Scotiabank Quilmes, bekannt. Die Einlagen sollen wie ein Darlehen an einen souveränen Staat übertragen werden, der die Haftung für dieselben übernehmen wird.

***

Das CEB (Centro de Estudios Bonaerenses) gab bekannt, dass die Zunahmen der Steuereinnahmen in den meisten Provinzen auf die Inflation zurückzuführen seien. Die Provinzen Buenos Aires und Salta hatten dadurch im Vorjahresvergleich um 48,3% grössere Steuereinnahmen verbuchen können, Misiones um 35%, Neuquén 24%, Santa Fe 12,2%, Córdoba 7,9%, Mendoza 5,2% und San Luis 0,5%.

***

Vertreter der Privatbanken haben die Provinzregierung von Rio Negro ersucht, das Gesetz abzuschaffen, das Banken mit Bussen von bis zu $ 10.000 belegt, wenn sie einen Kunden zu seiner Bedienung mehr als eine halbe Stunde warten lassen.

***

Einem Bericht der Baugewerbekammer CAC zufolge, sind in der Branche in einem Jahr 106.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Für das 1. Halbjahr 02 wir der Verlust von 64.838 Stellen bekannt gegeben.

***

Ein Gerichtsurteil in Córdoba hat die Verantwortung für die Auszahlung eingefrorener Konten auf die ausländischen Stammhäuser hier tätiger Banken ausgedehnt. Es ging um eine Klage gegen die Suquíabank, die damals Eigentum der französischen Credit Agricole war.

***

Das Abgeordnetenhaus hat mit 183 Stimmen gegen 2 und 3 Enthaltungen das Gesetz verabschiedet, das Ärzte verpflichtet, auf ihren Rezepten den Wirkstoff und nicht nur den Markennamen des Medikaments zu verschreiben. Die UCR-Fraktion verpflichtete ihre Stimme nach der Zusage, dass ein weiteres Gesetz über Qualitätskontrolle der Wirkstoffe erlassen wird. Die Kammern der Pharmaindustrie (Caeme, Cilfa und Cooperala) beanstanden den Mangel an Garantien für die Austauschbarkeit der Medikamente nach den Masstäben der Weltgesundheitsorganisation.

***

Eine US-Investmentgruppe soll ein Kaufangebot von U$S 223 Mio. für die 10% Belegschaftsaktien von Edenor gemacht haben. Der Stromverteiler wird zu 90% von EASA kontrolliert, die ihr Default erklärt hat. Die Inhaberin, Electricite de France, hatte die 90% in einer anderen Wirtschaftslage um U$S 800 Mio. erworben. Laut Gewerkschaftsboss Lescano würde jeder Arbeitnehmer U$S 80.000 bis 90.000 erhalten. Die Regierung hat das Justizministerium aufgefordert, den Fall zu untersuchen, bevor die Übertragung gestattet werden kann. Die Inhaber der Belegschaftsaktien schulden dem Staat aus der Aktienübertragung pesifizierte $ 46 Mio.

***

Präsident Duhalde hat die landesweite Durchführung von rd. 2.000 Gemeindebauplänen, meist Infrastrukturvorhaben, bekannt gegeben, für die $ 200 Mio. vorgesehen sind. In Kürze würden ausserdem von der Welt- und der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) etwa $ 1,2 Mrd. für mautfreie Nationalstrassen und Bewässerungsarbeiten verfügbar sein. Damit sollen u.a. der Jamapass, die Autobahn Nr. 9 zwischen Villa María und Pilar, die Nationalstrasse Nr. 6, die Verbindung der Strasse Nr. 11 mit der Brücke Victoria-Rosario und der Strasse Nr. 33 fertiggestellt werden. Von den $ 200 Mio. für Gemeindearbeiten aus dem Hilfsprogramm für arbeitslose Familienoberhäupter seien $ 80 Mio. für Material und Werkzeuge und $ 120 Mio. für Löhne vorgesehen. Die Prioritäten werden von den Provinzen unter der Oberaufsicht des Interprovinziellen Rates (Cimop) festgelegt.

***

Als erstes Ergebnis der von der Weltbanktochter IFC und Fundes Argentina abgehaltenen Tagungen für Unternehmensbeziehungen, haben 8 führende Unternehmen beschlossen, kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes) in ihr Lieferantennetz einzugliedern. Fundes ist in 13 lateinamerikanischen Staaten aktiv. Ausser im Stammsitz der Fundes Stiftung, Brasilien, ist Argentinien das Land in dem sie trotz der Krise die grössten Erfolge buchen kann.

***

Zum 1. Mal in 17 Monaten haben die privaten Bankeinlagen Ende August auf $ 56,29 Mrd., gegen $ 55,65 Mrd. Ende Juli, zugenommen, wie die ZB bekanntgab. Während die Sparkasseneinlagen weiter um etwa $ 850 Mio. zurückgingen, betrugen die Einlagen neuer, nicht eingefrorener Fristgelder $ 1,15 Mrd. Girokonten nahmen auf $ 9,5 Mrd. leicht zu.

***

Aerolíneas Argentinas wird für Binnenflüge ihre 7 billigsten Tarife Ausländern nicht mehr zugänglich machen, die nur mehr Inlandspassagen der Gruppen J und Y erwerben können. Das sei für Ausländer noch immer sehr billig, da diese Tarife dem Dollar nicht angepasst wurden.

***

Die Regierung hat den Treuhandfonds für die Entwicklung der Provinzen geschaffen. Er soll die Schulden der Provinzen in Staatspapie-

Ein Markt für Treibhausgas-Bescheinigungen

Die Getreidebörse von Buenos Aires hat das Seminar „Argentinien 2010: Umweltbonds und Ökozertifikate“ abgehalten. Hauptziel des Treffens war, die Bedeutung einer umweltfreundlichen Entwicklung zu erklären und den Marktbegriff in den anhaltenden landwirtschaftlichen Fortschritt einzugliedern.

Die Getreidebörse erachtet es als eine Pflicht, die Emission von Treibhausgasen zu verringern, wie sie 1997 im Kyoto-Protokoll festgelegt wurde. Dabei sucht sie, dass die Geschäftswelt die Initiative unterstützt und unter ihren Zielsetzungen der Schaffung einer sauberen Umwelt Vorrang gibt.

Die Verringerung der erwähnten Gasmengen kann auf verschiedene Weise erreicht werden. Es bestehe die Möglichkeit, einen „Internationalen Kohlenstoffgas-Markt“ zu schaffen. Nachdem Verringerungen der Treibhausgas-Emissionen geprüft und bestätigt wurden, könnten erteilte „Kohlenstoffgas-Kredite“ auf internationalen Märkten gehandelt werden.

Um den Vorgang zu erklären, wurde ein Beispiel gegeben: Ein Landwirt verringert den Kohlendioxid-Ausstoss durch neue Techniken wie die Direktaussaat. Dafür erhält er von der zuständigen Stelle ein Zertifikat, das an Staaten oder Unternehmen verkauft werden kann, die ihre Emissionen nicht verringert haben.

Die Getreidebörse will die Idee und ihre Umsetzung in Argentinien fördern und dafür ein Abkommen mit dem Staatssekretariat für Umwelt und anhaltende Entwicklung treffen.

---

ren übernehmen, die dann in garantierte Bonds umgetauscht werden. Das Dekret Nr. 1.579 bestimmt, dass die Provinzen ihre Schulden anerkennen und mit bis zu 15% ihrer Beteiligngen an Nationalsteuern garantieren müssen. Der Staat übernimmt die Schuldbedienung von Zinsen und Kapital mit Mitteln aus der Scheckstеuer und der Steuerbeteiligungen der Provinzen.

***

Das Fremdenverkehrssekretariat hat private Investitionspläne für $ 700 Mio. bekannt gegeben. In Buenos Aires seien drei $ 77 Mio. Vorhaben vorgesehen, für Patagonien über $ 62 Mio.

***

Das von National grid und PrCom kontrollierte Stromtransportunternehmen Transener hatte im 1. Halbjahr $ 350,6 Mio. Verlust, gegen $ 28,7 Mio. Gewinn im gleichen Vortjahreszeitraum. Sein Umsatz fiel um 30% auf $ 139 Mio. und die Abwertungsverluste betrugen $ 335 Mio.

***

Das Gastransportunternehmen TGS (Transportadora de Gas del Sur) hat für das 1. Halbjahr $ 486 Mio. Verlust angegeben, gegen $ 135,8 Mio. Gewinn im 1. Halbjahr 01. Die US-Firma Enron gab bekannt, dass sich ihre 35%ige Beteiligung an TGS nicht unter den 12 zum Verkauf angebotenen Aktiven befinde.

***

Durch Dekret 1600/02 (Amtsblatt vom 29.8.02) wurde das Gesetz 25.551 (vom 28.11.01) reglementiert, das sich auf eine Bevorzugung lokaler Lieferanten bei Käufen des Staates und der Konzessionäre öffentlicher Dienste bezieht. Das Sekretariat für Industrie, Handel und Bergbau (des Produktionsministeriums) wird über die Streitfragen entscheiden. Ein Produkt wird als „national“ eingestuft, wenn die importieten Anteile bis zu 40% des Preises darstellen. Ein „vernünftiger Preis“, bei dem die Präferenz gilt, darf nicht über 5%, bzw. 7% bei kleinen und mittleren Unternehmen (Pymes), über dem Preis des importierten Produktes am Platz liegen, ohne Finanzierungskosten zu berücksichtigen.

***

Zwei bekannte lokale Anwälte, Carlos Vanasco und Javier Llorente, haben einen Vorschlag für eine Änderung des Gesetzes 24.627 über Finanzanstalten ausgearbeitet, nach dem für diese auch das normale Konkursverfahren gilt. Damit hätten die Banken ein legales Instrument, um Anweisungen der Richter zu widerstehen, Depositen in Dollar oder Pesos zum Tageskurs auszuzahlen.

***

Insgesamt befinden sich monetäre Bonds für $ 7,37 Mrd. in Umlauf, davon $ 3,3 Mrd. Lecop, $ 2,44 Mrd. Patacón (A und B) und $ 635 Mio. Lecor.

***

Das Amt für Fiskaleinnahmen (AFIP) hat eine weitläufige Kontrolle der Unternehmen eingeleitet, die sich mit Sicherheitsdiensten befassen. In einigen Fällen waren fiktive Genossenschaften gebildet worden, um die Gewinnsteuer und die Sozialasten zu hinterziehen; in anderen wurden falsche Rechnungen gebucht und/oder zu geringe gearbeitete Stunden verzeichnet. Target musste $ 2,1 Mio. zahlen, AS $ 0,69 Mio., GJ Seguridad Integral $ 3,16 Mio., Fortuna Seguridad $ 0,72 Mio., Federpol $ 1,35 Mio., und Segubank $ 6,12 Mio.

***

Die gesetzgebende Körperschaft von Buenos Aires Stadt hat ab dem 1.1.03 eine Stempelgebühr beschlossen. Amtliche Eintragungen von Käufen und Verkäufen von Immobilien werden mit 7,5 bis 25 Promille belastet. Schenkungen sind von der Gebühr ausgenommen. Die Stadt will mit der Gebühr $ 50 Mio. im Jahr einnehmen.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Fondsfälligkeit umgeschuldet

Der Hintertreppenroman der seit vielen Monaten laufenden Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Internationalen Währungsfonds wurde zu Beginn der Berichtswoche um ein weiteres Kapitel bereichert. Zur Diskussion stand, wie erinnerlich, die Umschuldung der kommenden Fälligkeit von U$S 2,7 Mrd. am kommenden 7. September, also in genau einer Woche. Die Regierung verfügt weder über den Gegenbetrag in Pesos, sage und schreibe $ 10 Mrd. zum Tageskurs!, noch über die Devisen und ist nicht bereit, die Währungsreserven der Zentralbank hierfür zu opfern, die nahezu ein Drittel von U$S 9,0 Mrd. verlieren würde. Am lokalen Devisenmarkt herrscht seit zwei Monaten Kursstabilität, die bei fallenden Reserven hinfällig und von neuen Abwertungsschüben abgelöst werden würde.

Der Währungsfonds hat sich dieser Sachlage gebeugt und am vergangenen Wochenende der Regierung mitgeteilt, dass die Fachbeamten des Fonds beim Direktorium die Stundung der Fälligkeit um ein Jahr beantragen. Das Direktorium dürfte auch darauf eingehen, weil sonst Kollisionskurs herrscht und Argentinien das Default, das seit Ende 2001 ausländische Bonds betrifft, auch auf die Washingtoner Finanzanstalten Fonds, Weltbank und BID, erstrecken müsste. Das Default-Panorama hat sich zudem dieser Tage mit der Ankündigung Nigeriens, ebenso wie Argentinien die Zahlungen auf Auslandsschulden einzustellen und Verhandlungen mit den Gläubigern einzuleiten, auf zwei sogenannte Schwellenländer, Englisch „emergent markets“, erweitert. Welches Schuldnerland wird folgen?

Weitere Fälligkeiten

Mit der Fondsentscheidung schnappt die argentinische Regierung Finanzluft, um die Verhandlungen mit dem Fonds fortzusetzen. Dabei drohen weitere Fälligkeiten des Währungsfonds, der Weltbank und der BID für U$S 2,4 Mrd. bis zum Jahresende, die das gleiche Problem nochmals stellen. Weltbank und BID behaupten, dass sie die Fälligkeiten ihrer Schuldner nicht einseitig strecken dürfen, weil ihre Statuten ihnen das anders als beim Fonds ausdrücklich verbieten. Nur eine 30tägige Stundung ist erlaubt.

Insofern wird erwartet, dass das Abkommen mit dem Fonds die Gelder bereit stellt, um die Fälligkeiten mit den drei Finanzanstalten bis möglicherweise ganz 2003 zu refinanzieren bzw. zu strecken. Unterdessen harren die Probleme der Lösung, die das Abkommen mit dem Fonds bisher verhindert haben.

Die diesbezüglichen Erwartungen der Regierung dämpfte Fondssprecher Thomas Dawson am Donnerstag in ausführlichen Erklärungen zu den Verhandlungen mit Argentinien. Zwar seien Fortschritte an der fiskalischen Front zu verzeichnen, gestand Dawson, aber es mangele an politischem Konsens für die baldige Vereinbarung. Trotzdem reist dieser Tage eine neue technische Mission des Fonds nach Buenos Aires, um die monetäre Politik sowie den gewünschten Anker zu definieren. Wirtschaftsminister Lavagna konterte am Freitag mit einem Artikel in der Zeitung „La Nación“, in dem er gesteht, dass nur die Verteilung der Verluste der argentinischen Wirtschaft zur Diskussion stehen. Trotzdem zählte Lavagna ein Dutzend konkrete Punkte auf, die eine Besserung verheissen.

Pesifizierung im Visier

Die monetäre Politik, die angeblich eine Geldschöpfung von „nur“ $ 1,7 Mrd. bis zum Jahresende vorsieht, hängt davon ab, wie der Oberste Gerichtshof in Sachen der Schutzrekurse (in Deutschland einstweilige Verfügungen, hierzulande „amparos“) handelt. Wird die sogenannte Zwangspesifizierung der Depositen und Kredite durch den Obersten Gerichtshof widerrufen, wie bereits am Platz erwartet wird, dann entstehen für die Banken, gegebenfalls auch für deren Kreditkunden, neue Liquiditätsprobleme, die allenfalls durch Rediskonte und Vorschüsse der Zentralbank finanziert werden müssten. Damit ist die monetäre Politik nicht mehr messbar. Der Fonds kann offenbar keinem Ab-

kommen zustimmen, das dieses Problem nicht löst.

Dabei kann man sich mehrere Varianten vorstellen, je nachdem wie der Oberste Gerichtshof die Pesifizierung für verfassungswidrig ablehnt, weil sie das Eigentumsrecht verletzt. Das Urteil kann sich nur auf einen Fall beziehen oder allgemein gültig sein. Ferner kann es nur für künftige Auszahlungen der Depositen gelten, oder auch für rückwirkende Kraft sorgen, so dass bereits abgehobene Depositen zum Fiktivkurs von $ 1,40 je U$S im Nachhinein bis zum Tageskurs entschädigt werden müssten. Ob Kredite auch dollarisiert werden, anstatt wie bisher in Pesos zu besagtem Fiktivkurs oder zur Parität mit dem Dollar mit oder ohne Wertberichtigung, ist ein anderes Problem, das Dollarschuldner sicherlich entsetzen würde.

Hinzu kommt die Diskussion um die Wertberichtigung der Depositen und Kredite nach dem Index CER (Kleinhandelspreise) oder CVS (Löhne) ab welchen Beträgen und ab welchem Zeitpunkt, mit voller Anrechnung oder Teilkapitalisierungen, worüber gegenwärtig Vertreter der Regierung und des Kongresses verhandeln. Je nachdem wie dieses Problem im Kongress gelöst wird, verändern sich die Bankbilanzen und die Regierung muss notfalls mit Neuverschuldungen einspringen, die die korrekte Berechnung des Fiskaldefizits entsprechend anheben.

Offen ist auch die ausstehende Erhöhung der Tarife öffentlicher Dienste, die seit der Abwertung und dem Vertragsbruch durch die Regierung gewaltige Bilanzverluste bewirkt und einige Unternehmen zum Default ihrer Auslandsschulden gebracht hat. Hierüber werden demnächst öffentliche Audienzen abgehalten werden, die nur dem Unmut der Verbraucher Luft lassen und die Regierung zu niedrigeren Anhebungen der Tarife verleiten werden, als sie in den Konzessionsverträgen verbrieft sind und durch die Abwertung induziert wurden. In Washington haben bereits 41 Unternehmen Schadenersatzklage gegen die argentinische Regierung wegen Vertragsbruchs vor dem Schiedsgericht der Weltbank eingereicht.

In der Deputiertenkammer wurde zudem ein Gesetzesprojekt der ARI-Fraktion eingereicht, damit die Preise der Erdölprodukte, lies Benzin, auch von Amts wegen vorgeschrieben werden, wofür Erdöl zunächst als öffentlicher Dienst bezeichnet wird.

Andere Gesetzesprojekte bemühen sich, die Wirtschaft zu verzerren, und verhindern die Vereinbarung mit dem Fonds, darunter die Projekte, nach denen die Mutterhäuser für die Depositen ihrer lokalen Bankniederlassungen haften sollen sowie die Wiedereinführung der 2prozentigen Steuer auf Bankprovisionen und Bankzinsen für die Gewerkschaftskassen, die der Senat bereits verabschiedet hat. Die Rechtsunsicherheit, die in Argentinien vorherrscht, wird durch solche Initiativen dauernd bestätigt, so dass Investitionen ausbleiben, die Wirtschaft sich nicht erholen kann und die Krise mit Depression und horrend hoher Arbeitslosigkeit auf der Stelle tritt.

Gehaltszulagen für Beamte und Rentner

Das Urteil des Obersten Gerichtshofes im Fall des Offiziers Leónidas Tobar, das die Gehaltskürzung von 13% ab Juli 2001 als verfassungswidrig widerrief, hat die Regierung überrascht, umso mehr als Präsident Duhalde bereits beschlossen hatte, diese Kürzung der Beamtengehälter und Staatsrentner im Haushalt 2003 zu korrigieren. Allerdings hatte es der Präsident unterlassen, diese Grundsatzentscheidung dem Obersten Gerichtshof mitzuteilen, der daraufhin möglicherweise anders gehandelt hätte. Duhalde bemüht sich seit Januar 2002, die Absetzung der neun obersten Richter im Kongress zu bewirken, was ihm freilich nicht gelungen ist. Das Absetzungsverfahren tritt auf der Stelle, ohne dass eine Mehrheit für die Absetzung gemustert werden kann, aber das Thema auch nicht zurückgezogen wird, weil hierfür ebenfalls die Mehrheit ausbleibt.

Nach dem Urteil preschte sogleich die eifrige Arbeitsministerin Graciela Camaño vor und empfahl, die Gehalts- und Rentenkürzung umgehend umzusetzen. Angeblich verfügt die Sozialverwaltung Anses über die Mittel, um die Rentenkürzung bis Renten von $ 1.000 im Monat auszusetzen. Für die anderen Ausserkraftsetzungen der Gehalts- und Rentenkürzungen müsste das Wirtschaftsministerium aufkommen.

Präsident Duhalde erklärte grundsätzlich sein Einverständnis mit dem Urteil des Obersten Gerichtshofes, gestand aber, dass die Regierung nicht über die Einnahmen verfüge, um monatlich mehr als zusätzliche $ 200 Mio. locker zu machen, die hierfür erforderlich sind. Wirtschaftsminister Roberto Lavagna hatte sogleich nach der Urteilsverkündung Gleiches mitgeteilt. Nur die rein inflationäre Geldschöpfung der Notenbank für das Schatzamt könnte für die Finanzierung sorgen, allerdings zum sozialen Preis erhöhter Inflation, die alle Arbeitnehmer sowie die Armen, die Staatshilfe beziehen, durch die entsprechende Schmälerung ihrer Kaufkraft schwer belasten würde. Das will Duhalde vermeiden. Eine zusätzliche Verschuldung ist bekanntlich nicht möglich, weil Argentinien seit September 2000 keinen Zugang zum Auslandskredit hat und die inländischen Sparquellen ausgeschöpft worden sind.

Bis Ende 2002 kann die Regierung darauf verzichten, die Gehalts- und Rentenkürzung voll auszuzahlen, indem sie nur die Fälle honoriert, die gerichtlich befohlen werden. Ohne eine klare Aussicht auf die versprochene Korrektur der Gehalts- und Rentenkürzung dürften tausende Beamten und Rentner vor Gericht gehen, was sie möglicherweise unterlassen werden, wenn die Regierung ab Januar 2003 handelt, wie es Wirtschaftsminister Lavagna verhiess.

Tatsächlich sollte die Regierung im kommenden Jahr allein aus inflationär aufgebauschten Nominalumsätzen die laufenden Steuereinnahmen abzapfen, um die Gehalts- und Rentenkorrektur von 13% zu finanzieren. Die diesjährige Teuerung wird für die meisten Umsätze sicherlich allein an MwSt. und internen Steuern fühlbar mehr als 13% an Steuern einbringen. Insofern ist es durchaus logisch, dass nach der brutalen Abwertung und der Inflation die Gehälter und Renten teilweise angehoben werden.

Die rückwirkende Kraft des Urteils beruht offensichtlich auf dem Argument des Spruchs, dass die Verfassungswidrigkeit auf der zeitlosen Gehalts- und Rentenkürzung basiert. Der Oberste Gerichtshof hat in früheren Urteilen Notstandsmassnahmen der Regierung, auch Gehaltskürzungen, gutgeheissen, weil sie zeitlich begrenzt waren. Hätte Duhalde dem Obersten Gerichtshof rechzeitig mitgeteilt, dass die Kürzung nur bis Ende 2002 läuft, dann hätte das Argument des Notstands standgehalten.

Mit der rückwirkenden Kraft der Verfassungswidrigkeit muss die Regierung die Kürzungen ab Juli 2002 auszahlen. Das wird bis zum Jahresende mutmasslich $ 3,0 Mrd. kosten, die die Regierung mitnichten besitzt. Deshalb hat Minister Lavagna gleich angedeutet, dass hierfür Staatstitel, möglicherweise Lecop, herhalten werden. In der Folge wird die Neuverschuldung entsprechend angehoben, zudem mit Lecop kurzfristig. Die rückwirkende Kraft der Verfassungswidrigkeit bedeutet somit im Klartext, dass auch der Oberste Gerichtshof die Neuverschuldung der öffentlichen Hand vermehrt, wie es laufend die Exekutiven und Parlamente der Nationalregierung und der Gliedstaaten vollziehen, als ob Argentinien unendliche Schulden zahlen könnte. Irgendwann muss dieser Unfug aufhören, damit ohne Neuverschuldung ein Anfang mit der Sanierung der Staatsfinanzen gemacht werden kann, ohne die Argentinien sich nicht erholen kann.

Auf der Suche nach neuen Steuereinnahmen

Die Regierung hat im Parlament ein Gesetzesprojekt eingebracht, das vom Wirtschaftsministerium ausgearbeitet worden ist und sich auf verschiedene konkrete Steuermassnahmen bezieht. Zum Teil werden hier Initiativen aufgefrischt, die vorangehende Wirtschaftsminister schon vorgelegt haben, die jedoch im Kongress durchgefallen sind. Ob es dieses Mal anders sein wird, sei dahingestellt. Es handelt sich um folgendes:

1. Die Befreiung der Exportrückvergütungen von der Gewinnsteuer soll aufgehoben werden, so dass auch diese Sondereinnahmen in die Besteuerungsgrundlage eingeschlossen werden. Das Argument ist logisch: wenn mit dieser Subvention Verluste gedeckt werden, dann wird ohnehin keine Steuer bezahlt; wenn sie jedoch den Gewinn erhöht, besteht kein Grund, sie von der Steuer auszunehmen. Auf alle Fälle beeinträchtigt diese Steuer die Exporte nicht. Das Gegenargument ist folgendes: die Rückvergütung (die nicht mit der Rückgabe der MwSt. zu verwechseln ist, die separat vollzogen wird) soll begrifflich eine Rückzahlung von Steuern sein. International wird diese Rückgabe bei indirekten Steuern zugelassen, also nicht bei der Gewinnsteuer, und auch nicht bei den Soziallasten. Im argentinischen Fall lässt sich der Betrag der Rückvergütung schwerlich durch andere Steuern zusammenbringen. Wenn

jedoch dieser Betrag jetzt der Gewinnsteuer unterstellt wird, dann wird Staaten, die bei bestimmten Produkten konkurrieren, ein triftiges Argument für die These gegeben, dass es sich um Subventionen handelt, die gemäss der WHO-Ordnung nicht zugelassen sind. Die Rückvergütungen machen einen jährlichen Betrag zwischen U$S 500 und U$S 1.000 Mio. aus, so dass die Gewinnsteuer hier bestimmt interessant wäre, auch wenn ein Teil davon mit Verlusten verrechnet wird.

2. Die Befreieung von der Steuer auf Benzin und Dieselöl, die für Patagonien gilt, soll aufgehoben werden. Das Argument für diese Ausnahme besteht darin, dass die Entfernungen in Patagonien sehr gross sind und viele Einwohner jener Gegend gezwungen sind, sie periodisch zu hinterlegen. Im Grunde will man die Bewohner Patagoniens bevorzugen, weil man eine Abwanderung befürchtet, die aus bevölkerungspolitischen Gründen unerwünscht ist. Indessen ist es auch so, dass grosse Mengen Benzin und Dieselöl angeblich nach Patagonien geliefert werden, jedoch in Wirklichkeit im restlichen Argentinien verkauft werden. Beim Vertrieb von Erdölprodukten werden nach Schätzung von Experten jährlich U$S 400 Mio. hinterzogen, jedoch auch durch Schwindel beim Import (Fälschung der Angaben über Mengen und/oder Art des Produktes) und vornehmlich durch Beimischung eines Lösungsmittels („solvente“) zum Benzin, da ersteres steuerfrei ist, wenn es für die chemische Industrie bestimmt ist. Die AFIP hat in letzter Zeit die Kontrollen auf diesem Gebiet aktiviert, dabei jedoch wenig erreicht, weil sie nicht über die notwendigen Fachkräfte verfügt, und wohl auch, weil es hier um viel Geld geht. Nur mit Verpflichtung einer privaten Kontrolle kann das Problem gelöst werden. Aber das ist für die verantwortlichen Beamten eben Todsünde.

3. Die Steuer auf den vermuteten Mindestgewinn (die im Wesen eine Steuer auf die Aktiven ist), soll bei den Unternehmen wiederhergestellt werden, bei denen sie Cavallo im Rahmen der Konkurrenzfähigkeitspläne abgeschafft hatte. Nun sollte dies jedoch ein erster Schritt für eine allgemeine Abschaffung dieser Steuer sein, die sehr negative Folgen hat, besonders in Krisenzeiten, weil sie Unternehmen stark belastet, die ohnehin hohe Verluste haben. Kapitalintensive Firmen, wie die Telefon- und die Stromunternehmen, werden besonders hart betroffen. Die volle Wiedereinführung dieser Steuer läuft somit gegen den Strom.

4. Die Notsteuer auf Zigaretten soll von 7% auf den Endpreis des Paketes auf 21% (also um 200%!) angehoben werden. Dies führt zu einer entsprechenden Verteuerung der Zigaretten. Wenn der Konsum dabei abnimmt, so wird hier ein gesundheitspolitisches Ziel erreicht. In der Praxis geben die Raucher ihr Laster nicht auf und zahlen eben mehr, auch wenn sie ein niedriges Einkommen haben.

5. Schliesslich sollen Steuerzahlungen von über $ 400, die in Lecop-Titeln oder in Patacones (Provinz Buenos Aires) erfolgen, mit 1% besteuert werden. Dabei soll nicht nur die Zahlung nationaler Steuern erfasst werden, sondern auch die von provinziellen Steuern (einschliesslich Stadt Buenos Aires). Vom Erlös dieser Steuer sollen 70% an den Nationalstaat und 30% an die Provinzen gehen. Das wäre der gleiche Schlüssel wie bei der Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen, der für die Provinzen ungünstiger als der allgemeine Koeffizient ist. Die Begründung dieser Steuer ist, dass bei Zahlung mit diesen Staatspapieren die Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen entfällt, so dass die Gleichhheit wiederhergestellt werden soll.

Von Dienstleistern geforderte Tariferhöhungen

Unternehmen	Forderung in %
Gas Natural BAN	68,8
Metrogas	66,8
Aguas Argentinas	42
Edelap	39
Edenor	36
Edesur	35,4
Telefónica	34,65
Telecom	29
AU Ezeiza Cañuelas	50 + Subvention
Acceso Oeste	rd. 50
Autopista del Sol	15 + Subvention
AU Bs.Aires-La Plata	Subvention
Die 6 Bahnstrecken	Ohne Zahlenangabe

Quelle: Wirtschaftsministerium